



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 22. Ratssitzung vom 16. November 2022

929. 2022/509

Dringliches Postulat der AL-Fraktion vom 26.10.2022:

Protest gegen die menschenrechtsunwürdige und klimafeindliche Durchführung der Fussball-Weltmeisterschaft in Katar durch Verzicht auf Public Viewings auf öffentlichem Grund oder Finanzierung solcher Aktivitäten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Mischa Schiwow (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 803/2022): Sie haben recht: Dieser Vorstoss kommt sehr spät. Spät ist aber besser als gar nicht. In wenigen Tagen erfolgt der Anpfiff der Fussball Weltmeisterschaft (WM) in Katar und wir sollen nichts dazu sagen und dies gerade in Zürich, der Gaststadt des Weltfussballverbands? Die Fédération Internationale de Football Association (FIFA) erteilte Katar nicht nur in einer zweifelhaften Ausmarchung den Zuschlag, sondern distanzierte sich auch nicht von den Verletzungen der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Bau der Stadien und der Infrastruktur. Beispielsweise im Guardian ist die Rede von 6500 Gastarbeitern, die bei den Bauarbeiten für die WM in Katar den Tod fanden. Amnesty International kritisierte, dass trotz anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen Reisepässe von Arbeitsmigranten konfisziert, unbezahlte Überstunden angeordnet, Mindestlöhne nicht eingehalten, Ruhepausen und -tage verweigert und Hitzeschutzmassnahmen verletzt wurden. Zudem sollen Löhne zu spät oder nicht bezahlt und unzulässige Lohn einbussen als Strafmassnahmen eingesetzt worden sein. Was sagt die Veranstalterin der WM, die in Zürich domizilierte FIFA dazu? Der Präsident Gianni Infantino erklärte am Milken Institute in Beverly Hills am 5. Mai: «Wenn Sie jemandem Arbeit geben, auch wenn er in einer schwierigen Lage ist, verleihen Sie ihm Würde und Stolz.» Besser hätte er «The show must go on» gesagt, weil zu viele Interessen im Spiel sind. Zur Frage der Frauenrechte und zur Unterdrückung der sexuellen Minderheiten könnte auch viel gesagt werden. Es gibt Stimmen, die behaupten, dass die Durchführung der WM dazu beitrage, die strengen Sittenkodizes aufzuweichen. Das können wir von hier aus vermutlich nicht beurteilen. Auch können wir die Zweifel nicht ausräumen, dass allfällige Verbesserungen nach dem Finale wieder rückgängig gemacht werden. Sie haben recht: Ein Fanzonenverbot bringt den Tausenden von Arbeitern aus Ländern des Südens weder das verlorene Leben zurück noch den gerechten Lohn und auch nicht die Würde, die ihnen bei der Einreise in das Wüstenland genommen wurde. Der Aspekt des Klimas ist eine Faust aufs Auge aller, die sich wegen der Klimaerwärmung Sorgen machen. Es reichte nicht aus, dass der Fussballevent vom Sommer in den Spätherbst verschoben wurde. Wegen der nach wie vor sehr hohen Temperaturen müssen die Stadien und die gesamten Einrichtungen mit einem enormen Energieaufwand gekühlt werden. Das ist bereits eine grandiose Provokation seitens derer, die die Klimafrage nicht als dringlich betrachten und für die sie aufgeschoben werden kann. Es ist symptomatisch,



wie wenig Medienaufmerksamkeit die UN-Klimakonferenz in Sharm El Sheikh erhält, die zwei Tage vor Beginn der WM zu Ende gehen wird. Es wird uns vorgeworfen, Symbolpolitik zu betreiben und offene Türen einzurennen. Es ist umso besser, wenn die Stadt das Richtige tut, ohne dass sie das öffentlich erklärt: die WM zu boykottieren und Fanzonen im öffentlichen Raum nicht zu bewilligen. Wir leben in einer Zeit, in der viel an die Eigenverantwortung appelliert wird. Alle, die mit der WM in Katar nicht einverstanden sind, können sie individuell boykottieren. Das werden vermutlich viele tun. Wir leben aber in einem demokratischen Staat, in dem es möglich ist, neben dem individuellen auch den kollektiven Willen zu äussern; auch wenn es vor ein paar Monaten effektvoller gewesen wäre. Ich rufe Sie auf, dem Postulat zuzustimmen und zu verhindern, dass sich die Stadt an der Propagierung und Unterstützung der unwürdigen WM beteiligt.

Michael Schmid (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 9. November 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Mischa Schiwow (AL) sagte, dass sie mit dem Vorstoss spät kamen. Es sind zwölf Jahre nach der Vergabe der WM an Katar und weniger als hundert Stunden vor dem Eröffnungsspiel. Dies als spät zu bezeichnen ist eine Untertreibung. Im Postulat werden zwei Forderungen gestellt. Die generelle Forderung ist, dass der Stadtrat prüfen soll, «wie die Stadt Zürich ihren Protest gegen die menschenrechtsunwürdige und klimafeindliche Durchführung der Fussball-Weltmeisterschaft in Katar zum Ausdruck bringen kann.» Die Stadt Zürich ist weder die FIFA, die die WM vergab, noch ist sie ein Fussballverband, der an der WM teilnimmt, noch ist sie der Bundesrat, der die Aussenpolitik der Schweiz betreibt. Das sind die Akteure, die sich zur WM in Katar äussern können. Der Zürcher Gemeinderat ist es nicht. Wir haben die Aufgabe, Politik für die Stadt Zürich zu betreiben. Sie sagen selbst, dass der Vorstoss Symbolpolitik sei. Wofür stehen aber die Symbole? Im besten Fall handelt es sich um billige Empörungsbewirtschaftung. Weil medial und vor allem sozial-medial etwas in Gang kam, sprangen Sie auf den Zug auf. Wenn diese menschenrechtsunwürdige, klimafeindliche Durchführung des Grossanlasses kritisiert wird, wo war dann die AL bei den Olympischen Spielen in Sotschi im Jahr 2014, bei der Fussball-WM in Russland im Jahr 2018 und bei den Olympischen Spielen in China in diesem Jahr? Wenn Sie kritische Fragen stellen wollen, müssen Sie sich Gedanken machen, ob dieser Vorstoss auch ein klassenkämpferisches und vielleicht ein verdeckt rassistisches Element beinhaltet. Wenn es um den arabischen Raum geht und mit viel Geld eine WM finanziert wird, ruft Sie das mit einem Postulat auf den Plan. Die zweite, konkrete Forderung, dass von Public Viewings auf öffentlichem Grund abgesehen werden soll, betrifft immerhin die Zuständigkeit der Stadt. Die Zuständigkeit liegt aber nicht beim Gemeinderat: Der Stadtrat erteilt Bewilligungen, was rechtsstaatlich abgestützt ist. Wenn ich richtig informiert bin, gibt es ein einziges Public Viewing; ein Unternehmer, der Vorbereitungen traf. Wenn Menschenrechte hochgehalten werden, dann sollte man bei den Grundrechten im eigenen Land beginnen. Mit dieser Forderung stehen Sie im Konflikt mit unseren Grundrechten: der Meinungs- und Informationsfreiheit, der Medien-, Versammlungs- und Wirtschaftsfreiheit. Das Verbot von Zensur ist in der Bundesverfassung verankert. Es ist eine Form von Zensur, wenn eine Veranstaltung, die Ihnen nicht passt, auf öffentlichem Grund nicht stattfinden darf. Dieser Vorstoss sollte zurückgezogen werden.



Weitere Wortmeldungen:

Lisa Diggelmann (SP): Auch die SP-Fraktion hat Bedenken, weil der Vorstoss sehr knapp eingereicht wurde und die WM unmittelbar vor dem Start steht. Wir müssen das aber auch einordnen. Bei dieser Fussball-WM handelt es sich mit Abstand um die teuerste aller Zeiten. Seit dem Jahr 1994 war Brasilien mit 15 Milliarden Franken die bisher teuerste. In Katar ist sie mit 220 Milliarden Franken rund 15-mal teurer. Es ist unbestritten, dass der Fussball zum politischen Machtspiel genutzt wird. Die Vergabe nach Katar wurde aus einem einzigen Grund vollzogen: Katar kann sich mit dem Sport in der ganzen Welt reinwaschen. Als Austragungsland muss man bestimmte Bedingungen erfüllen, um sich bewerben zu können. Eine davon ist eine Frauen-Nationalmannschaft. Katar gründete diese vorbildlich im Jahr 2009. Nach der WM-Vergabe trugen sie jedoch keine Spiele mehr aus und sie existiert nicht mehr. Es geht Katar also nicht um den Sport und nicht darum, den Fussball weiterzubringen. Katar hat nicht mit einer derart negativen Berichterstattung gerechnet. Der Präsident der FIFA forderte alle teilnehmenden Fussballverbände auf, dass sich die WM-Teams auf das Turnier in Katar konzentrieren und nicht an Moralvorträgen beteiligen sollen. Jegliche kritische Berichterstattung wird direkt unterbunden. Wenn sich Nationalteams politisch mit Aktionen äussern wollen, wird es von der FIFA verboten. Offensichtlich sind die FIFA und die entsprechenden Funktionäre die einzigen, die den Fussball als politisches Mittel nutzen dürfen. Bei der WM in Katar werden unter anderem auch Botschaften in die ganze Welt gesendet, dass beispielsweise die Homosexualität einen geistigen Schaden darstelle. Die WM wird als Plattform genutzt, um sich gut zu positionieren. Als grösster Sportverband der Welt erzielt die FIFA einen jährlichen Umsatz von 4,7 Milliarden Franken. Dass es sich schon lange nicht mehr um eine Non-Profit-Organisation handelt, ist hier im Raum bekannt. Somit liegt es auf der Hand, dass wir als Stadt unseren öffentlichen Grund für die Übertragung einer solchen Veranstaltung nicht zur Verfügung stellen sollten. Es ist ein starkes Zeichen an die FIFA mit Sitz in Zürich, dass wir solche Anlässe nicht unterstützen.

Stephan Iten (SVP): Wenn man den Vorstoss liest, müsste man fast lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Die AL schafft es Mittwoch für Mittwoch, sich mit irrelevanten, irren Vorstössen zu übertreffen. Michael Schmid (FDP) legte die rechtlichen Dinge auf den Tisch; ich will mich als Mitglied der Stadtzürcher Bevölkerung äussern. Eine Fussball-WM ist ein Anlass, bei dem man sich trifft, zusammensitzt, miteinander ein Bier trinkt und die Austragung geniesst. Zuerst wollt ihr der Stadtzürcher Bevölkerung das Essen von Fleisch verbieten – für das Weltklima. Dann wollt ihr Flugshows für die Bevölkerung verbieten – für das Weltklima. Dann wollt ihr das Feuerwerk für die Stadtzürcher verbieten – für das Weltklima. Und jetzt soll das Public Viewing verboten werden – für den Weltfrieden. Alles, was Freude bereitet, wird der Stadtzürcher Bevölkerung verboten. Wofür das Ganze? Das Klima wird nicht verändert, wenn ihr die Stadtzürcher in die Schranken weist und ihnen alles verbietet. Habt ihr das Gefühl, dass es den Scheich von Katar interessiert, ob Zürich Bewilligungen für das Public Viewing erteilt oder nicht? Dass sich das Gastgewerbe noch nicht von der Corona-Krise erholt hat, lässt ihr ausser Acht. Sie sind immer noch gebeutelt und ihr wollt ihnen das Public Viewing verbieten und diese Einnahmen vermiesen. Wenn Einzelne kein Public Viewing wollen, müssen



sie sich auch nicht daran beteiligen – diese Entscheidung sollte aber allen selbst überlassen werden.

Patrick Hässig (GLP): Auch wir sind der Meinung, dass das Postulat zu spät eingereicht wurde, auch wenn es mit Dringlichkeit behandelt wird. Die WM beginnt diesen Sonntag. Die Empörung über die Vergabe und die Durchführung ist berechtigt. Man könnte sagen, dass es «hirnverbrannt» ist, dass eine Fussball-WM in einem Land wie Katar durchgeführt wird. Dass wir jetzt aber im Stadtparlament vier Tage vor dem Anpfiff über dieses Thema debattieren, ist schwierig. Als Stadt ein Zeichen zu setzen, das können wir tun. Aber es bringt aus heutiger Sicht nur medial etwas: Morgen kann man in den Zeitungen lesen, welche Partei für oder gegen diese Zeichensetzung ist. Bewilligte Public Viewings auf öffentlichem Grund gibt es unseres Wissens keine. Ein Gesuch ist hängig, der Entscheid ist noch offen. Vom zweiten Punkt, dass die Stadt solche Public Viewings mitfinanzieren sollte, weiss nicht einmal die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements etwas. Wir verurteilen die Vergabe der WM an Katar und sind besorgt über die Vorkommnisse rund um den Bau der Stadien und auch über die verachtende Haltung des Emirats gegenüber LGBTQI-Menschen. Aussagen wie «Frauen sind wie Süssigkeiten», die der WM-Botschafter von Katar von sich gab, gehen nicht. Ob wir als Fraktion ein paar Tage vor dem Anpfiff auf diese medienwirksame Geschichte aufspringen wollen, führte zu geteilten Meinungen. Darum beschloss die GLP Stimmfreigabe.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): In einem Votum wurde gesagt, dass dieses Postulat irre sei. Das trifft zu. Denn es ist nichts anderes als eine Bevormundung der Bürger. Das hat Tradition auf der rotgrünen Seite und geht so nicht. Damit soll nicht etwa banalisiert werden, was geschah. Denn genauso irre wie das Postulat, ist die Vergabe der WM nach Katar. Das gilt bereits für die klimatischen Bedingungen oder für die lokale Fussballtradition. Wir hörten die Gründe, die es irre und irrational machen, dass die WM dort stattfinden wird. Man könnte sich fragen, warum diese Vergabe erfolgte. Wahrscheinlich, weil einige Stimmen gekauft wurden. Das wäre für die FIFA das Beste. Denn wenn sie korrupt wären, wären sie wenigstens ein wenig rational gewesen. Eine Vergabe dorthin ohne Korruption ist gänzlich irrational. Nicht zur Sprache kam, dass für 360 Millionen Franken ein Spitzelsystem aufgebaut wurde, um herauszufinden, wer beeinflusst werden könnte, damit die Vergabe nicht entzogen wird. Das zeigt, wie irre diese ganze Sache ist. Der Fussball wurde leider zu einer Geldmaschine. Bei den Clubmannschaften spielt eine Kapitalgesellschaft gegen eine andere Kapitalgesellschaft. Wenn man ein Fan vom Grasshopper Club Zürich ist, ist man nichts anderes als ein Fan einer chinesischen Kapitalgesellschaft. Der Fussball leidet bereits sehr schwer und an der Vergabe nach Katar leidet das Image noch mehr. Darum wäre es zweckmässiger, Public Viewings nicht zu verbieten, sondern dass alle vermeiden, Public Viewings zu besuchen und diese Angebote somit leer bleiben. Im Gegensatz zu einer Bevormundung wäre das ein Zeichen mit Wirkung.

Karin Weyermann (Die Mitte): In der Fraktion Die Mitte/EVP diskutierten wir das Postulat sehr intensiv und kontrovers. Unbestritten ist, dass die Vergabe nach Katar sehr fragwürdig war; nicht nur der Umstand, wie das zustande kam, sondern auch die Tatsache,



dass eine Fussball-WM in einem Wüstenstaat ohne Stadien stattfinden soll. Die Arbeitsbedingungen und die Verletzungen der Menschenrechte von Frauen und LGBTIQ-Menschen sind mehr als zu verurteilen. Die WM beginnt in vier Tagen, das Postulat kommt zu spät. Zudem setzt es an einem seltsamen Ort an. Auf Public Viewings auf öffentlichem Grund und auf die Finanzierung von Public Viewings auf öffentlichem Grund soll verzichtet werden. Es gibt nicht viele davon. Es gibt stadtnahe Institutionen, die solche Übertragungen durchführen. So sah ich beispielsweise eine Werbung eines Gemeinschaftszentrums. Ob das mitgedacht ist oder ob ich euch auf eine Idee für einen weiteren Vorstoss bringe, lasse ich dahingestellt. In unserer Fraktion konnten wir keinen gemeinsamen Nenner finden, ob wir diese Symbolpolitik unterstützen oder uns gegen die Verbotskultur stellen sollen. Darum entschieden wir uns ebenfalls für die Stimmfreigabe.

Ronny Siev (GLP): *Ich werde wegen der Themen Menschenrechte und Klima Ja stimmen. Es gibt einen weiteren Faktor: Katar ist aktiv bei der Unterstützung von extremistischen Terrororganisationen. Der Islamische Staat (IS) ist eine der schlimmsten Organisationen und verübte einen Genozid. Er wurde von Katar unterstützt. Die Hamas, die sowohl den Gazastreifen als auch Israel terrorisiert, wird ebenfalls von Katar unterstützt. Die Muslimbruderschaft, die weltweit tätig ist, wird von Katar unterstützt. Ich kann euch den Arte-Film über Katar empfehlen, damit ihr sehen könnt, wo Katar überall tätig ist. Auch der Fernsehsender Al Jazeera, der weltweit antisemitisches und homophobes Gedankengut verbreitet, wird zu 100 Prozent von Katar finanziert. Katar ist eines der schlimmsten Länder; nicht nur wegen der Menschenrechte, sondern weil sie ihr Gedankengut weltweit verbreiten. Auch wenn es Symbolpolitik ist, stimme ich dem Postulat zu.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Wir konnten zusehen, wie der Überbringer von schlechten Nachrichten auf der Bühne umgebracht wird. Alle Fraktionen sind sehr empört, dass der Vorstoss sehr spät kommt. Wir sind uns alle einig, dass Katar zu verurteilen ist. Ihre Fraktionen kamen aber nicht auf die Idee, diesen Vorstoss einzureichen. Sie können es der AL vorwerfen, haben aber selbst nichts beigetragen. Bezüglich Empörungsbetreibung muss ich Michael Schmid (FDP) sagen, dass Sie der einzige Empörte sind. Sie können uns nicht vorwerfen, dass wir etwas Symbolisches vorbringen, was nicht in den Rat gehöre, während Sie gleichzeitig kritisieren, dass wir das in den letzten zwanzig Jahren nicht bei jeder WM taten. Entweder liegen wir falsch, weil wir einen symbolischen Vorstoss bringen, oder wir lagen jedes Mal falsch, wenn wir keinen solchen Vorstoss einreichten. Während der Debatte recherchierte ich mit der Stichwortsuche auf der Gemeinderatsseite zur FIFA: Man findet eine Interpellation von Niklaus Scherr aus dem Jahr 2006; ein Postulat der AL-Fraktion aus dem Jahr 2010; ein Postulat von Andreas Kirstein (AL) aus dem Jahr 2015; ein Postulat von Andrea Leitner Verhoeven aus dem Jahr 2016. Sie können uns vieles vorwerfen; aber mit diesem Verein, der viel mehr Steuern bezahlen müsste, beschäftigt sich die AL immer wieder.*

Das Dringliche Postulat wird mit 65 gegen 42 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat